

# Inhaltsübersicht

Prolog .....	Seite
	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX

## A.

### Erster Akt: Prüfung und Ermittlung

	Rz.	Seite
I. Erster Teil: Auskunftersuchen der Aufsichtsbehörde .....	2	1
II. Zweiter Teil: Vor-Ort-Prüfung .....	128	29
III. Dritter Teil: Bußgeldverfahren .....	174	41

## B.

### Zweiter Akt: Maßnahmen und Entscheidungen

I. Erster Teil: Verbote und andere Anordnungen .....	209	49
II. Zweiter Teil: Bußgelder .....	284	67
III. Dritter Teil: Öffentlichkeitsarbeit .....	399	96

## C.

### Dritter Akt: Gerichtliche Verfahren

I. Erster Teil: Klagen wegen Untätigkeit .....	409	99
II. Zweiter Teil: Klagen gegen Verwaltungsakte .....	443	108
III. Dritter Teil: Einspruch gegen Bußgeldbescheide .....	518	121
IV. Vierter Teil: Klagen gegen öffentliche Äußerungen .....	552	127
Stichwortverzeichnis .....		129

# Inhaltsverzeichnis

Prolog .....	Seite V
Inhaltsübersicht .....	VII

## A.

### Erster Akt: Prüfung und Ermittlung

	Rz.	Seite
<b>I. Erster Teil: Auskunftersuchen der Aufsichtsbehörde .....</b>	2	1
1. Kann eine Aufsichtsbehörde vom Datenverarbeiter Auskünfte verlangen? .....	5	1
2. Wie verhält sich Art. 58 Abs. 1 lit. a DSGVO zu § 40 Abs. 4 Satz 1 BDSG? .....	8	2
3. Wer ist zur Auskunft verpflichtet: Nur das Unternehmen oder auch die Unternehmensleitung und/oder der Datenschutzbeauftragte? .....	10	2
4. Wie sind Auskunftsverpflichtungen gegenüber Behörden in anderen Rechtsgebieten geregelt? .....	13	3
5. Bedarf es für ein behördliches Auskunftersuchen eines konkreten Anlasses? .....	17	3
6. Wann handelt es sich bei einem behördlichen Auskunftersuchen um einen Verwaltungsakt? .....	18	4
7. Ist ein Auskunftersuchen im Zweifel ein Verwaltungsakt? .....	25	6
8. Was ist dem Empfänger eines unklaren Auskunftersuchens zu raten? .....	27	6
9. Kann der Datenverarbeiter Akteneinsicht verlangen, bevor er die Auskunft erteilt? .....	29	7
10. Ist eine Akteneinsicht stets ratsam? .....	31	7
11. Welchen verfassungsrechtlichen Hintergrund hat das Akteneinsichtsrecht? .....	34	8
12. Was versteht man eigentlich unter „den Akten“? .....	36	8
13. Wann darf die Aufsichtsbehörde die Akteneinsicht – ganz oder teilweise – verweigern? .....	38	9
14. Muss die Aufsichtsbehörde die Namen von Personen preisgeben, die sich mit einer Beschwerde an die Behörde gewandt haben? .....	41	10
15. Gibt es Rechtsbehelfe gegen eine vollständige oder teilweise Verweigerung der Akteneinsicht? .....	43	10
16. Gibt es Grenzen der Auskunftsverpflichtung? .....	45	10

	Rz.	Seite
17. Welche Grenzen setzt das Bestimmtheitsgebot? .....	46	11
18. Welche Auskünfte sind für die Erfüllung der behördlichen Aufgaben „erforderlich“? .....	50	12
19. Beziehen sich Auskunftspflichten stets auf Tatsachen? .....	52	12
20. Wann sind Auskünfte erforderlich und verhältnismäßig? .....	57	14
21. Muss der Datenverarbeiter zur Erfüllung seiner Auskunftspflichten auch Geheimnisse preisgeben? .....	60	14
22. Ergeben sich aus § 29 BDSG Einschränkungen bei den Auskunftspflichten der Berufsgeheimnisträger gegenüber der Aufsichtsbehörde? .....	61	14
23. Welche Bedeutung hat Art. 31 DSGVO für die Auskunftersuchen? .....	63	15
24. Welche Bedeutung hat die Rechenschaftspflicht für Auskunftersuchen? .....	67	15
25. Kann die Aufsichtsbehörde die sofortige Vollziehung eines Auskunftersuchens anordnen? .....	70	16
26. Wann besteht ein Auskunftsverweigerungsrecht aus Gründen der Selbstbelastungsfreiheit? .....	73	17
27. Sind Auskunftsverweigerungsrechte verfassungsrechtlich vorgegeben? .....	76	17
28. Ist es ratsam, von dem Auskunftsverweigerungsrecht nach § 40 Abs. 4 Satz 2 BDSG Gebrauch zu machen? .....	79	18
29. In welchem Verhältnis steht das Auskunftsverweigerungsrecht zu den Verwendungsverböten nach § 42 Abs. 4 und § 43 Abs. 4 BDSG? .....	82	19
30. Gilt das Aussageverweigerungsrecht auch für juristische Personen? .....	84	19
31. Welche Bedeutung hat das Aussageverweigerungsrecht für Unternehmen? .....	87	20
32. Dürfen Fragen auch zusammenhängend beantwortet werden? ..	90	21
33. Bedarf es einer Begründung, wenn Fragen nicht beantwortet werden? .....	91	21
34. Reichen mündliche Auskünfte aus? .....	93	21
35. Kann es notwendig sein, die Berechtigung von Fragen gerichtlich überprüfen zu lassen? .....	95	21
36. Muss der Datenverarbeiter damit rechnen, dass ein Beschwerdeführer Kenntnis von seiner Auskunft erlangt? .....	97	22
37. Wie kann der Datenverarbeiter verhindern, dass ein Beschwerdeführer über die Akteneinsicht Kenntnis von Geschäftsgeheimnissen erlangt? .....	99	22

	Rz.	Seite
38. Welche Maßnahmen kann die Behörde ergreifen, wenn der Datenverarbeiter einem Auskunftersuchen nicht nachkommt? . . .	100	22
39. Kann die Aufsichtsbehörde nach Art. 58 Abs. 1 lit. a DSGVO und § 40 Abs. 4 Satz 1 BDSG auch die Herausgabe von Unterlagen, Dokumenten und Nachweisen verlangen? . . . . .	104	23
40. Ergibt sich aus Art. 58 Abs. 1 lit. e DSGVO und § 40 Abs. 5 Satz 1 BDSG eine Befugnis der Aufsichtsbehörden zu Herausgabeanordnungen? . . . . .	110	24
41. Ist ein Aussageverweigerungsrecht stets mit einem Recht verbunden, die Herausgabe von Unterlagen zu verweigern? . . . . .	112	25
42. Muss man dem Datenverarbeiter stets empfehlen, eine Herausgabe von Unterlagen zu verweigern, da es an einer entsprechenden Eingriffsnorm fehlt? . . . . .	115	25
43. Muss der Datenverarbeiter Auskunftersuchen persönlich beantworten? . . . . .	117	26
44. Was muss die Behörde beachten, wenn sich der Datenverarbeiter anwaltlich vertreten lässt? . . . . .	118	26
45. Ist eine schriftliche Vollmachtserteilung vorgeschrieben? . . . . .	119	26
46. Darf ein Anwalt, der externer Datenschutzbeauftragter eines Unternehmens ist, für das Unternehmen als Bevollmächtigter im Verwaltungsverfahren auftreten? . . . . .	120	26
47. Darf ein externer Datenschutzbeauftragter eines Unternehmens, der kein Anwalt ist, für das Unternehmen als Bevollmächtigter im Verwaltungsverfahren auftreten? . . . . .	126	27
<b>II. Zweiter Teil: Vor-Ort-Prüfung . . . . .</b>	<b>128</b>	<b>29</b>
1. Welche Regeln gelten für Fragen, die die Behörde bei einem Vor-Ort-Termin stellt? . . . . .	129	29
2. Ist die Behörde berechtigt, Mitarbeiter zu befragen? . . . . .	130	29
3. Sind Mitarbeiter zu Aussagen verpflichtet? . . . . .	131	29
4. Ist der betriebliche Datenschutzbeauftragte zu Aussagen verpflichtet? . . . . .	132	30
5. Besteht eine Verpflichtung, die Mitarbeiter der Datenschutzbehörde an dem gewünschten Termin zu einer Vor-Ort-Prüfung zu empfangen? . . . . .	133	30
6. Hat die Behörde das Recht, Geschäftsräume auch gegen den Willen des Betriebsinhabers zu betreten? . . . . .	134	31
7. Wie verhält sich Art. 58 Abs. 1 lit. f DSGVO zu § 40 Abs. 5 Satz 1 BDSG? . . . . .	135	31

	Rz.	Seite
8. Unter welchen Voraussetzungen dürfen die Aufsichtsbehörden nach Art. 58 Abs. 1 lit. f DSGVO und § 40 Abs. 5 Satz 1 BDSG von ihren Zugangsbefugnissen Gebrauch machen? . . . . .	137	31
9. Wie sind „Nachschaurechte“ von Behörden in anderen Rechtsgebieten geregelt? . . . . .	139	32
10. Welche verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen gelten für die „Nachschaurechte“? . . . . .	146	33
11. Welche Anforderungen an „Nachschaurechte“ ergeben sich aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip? . . . . .	149	34
12. Lässt sich aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip ein „Primat des Auskunftersuchens“ ableiten? . . . . .	152	35
13. Ist das „Nachschaurecht“ an übliche Betriebs- und Geschäftszeiten gebunden? . . . . .	156	35
14. Bedarf es für eine „Nachschau“ eines richterlichen Beschlusses? .	157	36
15. Muss eine „Vor-Ort-Prüfung“ vorab angekündigt werden? . . . . .	158	36
16. Wie sollte der Betriebsinhaber bei einem unangekündigten Besuch der Aufsichtsbehörde reagieren? . . . . .	159	36
17. Welchen Rechtsschutz gibt es gegen eine „Nachschau“? . . . . .	161	36
18. Kann die Aufsichtsbehörde den Zutritt erzwingen? . . . . .	162	36
19. Gibt es Ausnahmen von dem Zutrittsrecht? . . . . .	164	37
20. Kann die Behörde Zugang zu Daten verlangen, die sich auf betrieblichen Rechnern befinden? . . . . .	166	37
21. Gilt das Zugangsrecht auch für Daten, die außerhalb der Betriebsräume – etwa in einem Cloud-Dienst – gespeichert sind? . .	168	38
22. Gilt das Zugangsrecht auch für Endgeräte der Mitarbeiter, wenn diese Geräte (auch) dienstlich genutzt werden? . . . . .	169	38
23. Wie lassen sich Geschäftsgeheimnisse gegen behördlichen Zugriff schützen? . . . . .	170	39
24. Kann die Aufsichtsbehörde den Zugang erzwingen? . . . . .	171	39
25. Gibt es Ausnahmen von dem Zugangsrecht? . . . . .	173	39
<b>III. Dritter Teil: Bußgeldverfahren</b> . . . . .	174	41
1. Wie unterscheidet sich das Bußgeldverfahren vom Verwaltungsverfahren? . . . . .	176	41
2. Wie beginnt ein Bußgeldverfahren? . . . . .	178	41
3. Gibt es eine Verpflichtung der Aufsichtsbehörden zur Einleitung von Bußgeldverfahren, wenn ein Anfangsverdacht für einen der Tatbestände des Art. 83 Abs. 3 bis 6 DSGVO besteht? . . . . .	180	42
4. Gegen wen können Bußgeldverfahren geführt werden – nur gegen natürliche oder auch gegen juristische Personen? . . . . .	181	42

	Rz.	Seite
5. Unter welchen Voraussetzungen können Bußgeldverfahren gegen den Inhaber eines Einzelunternehmens geführt werden? . . .	183	43
6. Wer ist Betroffener, wenn ein Bußgeldverfahren gegen eine juristische Person geführt wird? . . . . .	184	43
7. Kann ein Anwalt in einem Bußgeldverfahren sowohl die juristische Person als auch Organe oder Mitarbeiter vertreten? . . . . .	185	43
8. Welche Bedeutung hat eine Festlegung der Aufsichtsbehörde, gegen welche Personen Bußgeldverfahren geführt werden? . . . . .	186	44
9. Muss der Betroffene informiert werden, wenn ein Bußgeldverfahren gegen ihn eröffnet wird? . . . . .	187	44
10. Darf die Aufsichtsbehörde ein Bußgeldverfahren eröffnen, wenn ihr ein Unternehmen eine Datenpanne meldet? . . . . .	188	44
11. Gilt das Verwertungsverbot nach § 43 Abs. 4 BDSG auch für juristische Personen? . . . . .	190	44
12. Welche Befugnisse hat die Aufsichtsbehörde in einem Bußgeldverfahren? . . . . .	192	45
13. Dürfen Erkenntnisse aus Bußgeldverfahren in Verwaltungsverfahren verwendet werden? . . . . .	193	45
14. Dürfen Erkenntnisse aus Verwaltungsverfahren in Bußgeldverfahren verwendet werden? . . . . .	194	45
15. Ist das Schweigerecht des Betroffenen nicht bereits durch § 40 Abs. 4 Satz 2 BDSG umfassend gesichert? . . . . .	195	46
16. Welche Folgen hat es, wenn ein Betroffener nur über sein Auskunftsverweigerungsrecht nach dem BDSG, nicht jedoch über sein strafprozessuales Schweigerecht belehrt wurde? . . . . .	196	46
17. Gibt es im Bußgeldverfahren ein Akteneinsichtsrecht des Betroffenen? . . . . .	200	47
18. Hat der Betroffene einen Anspruch auf Versendung der Akte oder muss er die Akte vor Ort bei der Aufsichtsbehörde einsehen und kopieren? . . . . .	201	47
19. Was ist unter der „Akte“ i.S.d. § 49 OWiG zu verstehen? . . . . .	203	47
20. Wie endet ein Bußgeldverfahren? . . . . .	205	47

**B.**

**Zweiter Akt: Maßnahmen und Entscheidungen**

<b>I. Erster Teil: Verbote und andere Anordnungen . . . . .</b>	<b>209</b>	<b>49</b>
1. Welche behördlichen Abhilfebefugnisse sieht die DSGVO vor? .	210	49
2. Kann die Aufsichtsbehörde bestimmte Formen der Verarbeitung personenbezogener Daten verbieten? . . . . .	214	50

	Rz.	Seite
3. Muss die Aufsichtsbehörde erst warnen oder verwarnen, bevor sie ein Verbot anordnet? .....	218	51
4. Kann die Aufsichtsbehörde Auflagen anordnen? .....	219	51
5. Kann die Aufsichtsbehörde die Demontage von Videokameras und anderer Hardware anordnen? .....	222	52
6. Wie konkret müssen Verbote und Anordnungen formuliert sein? .....	224	52
7. Wie verhält sich das Bestimmtheitsgebot zur Vollstreckbarkeit eines Verbots oder einer Anordnung? .....	228	53
8. Was bedeutet das Bestimmtheitserfordernis für den Adressaten eines Verbotsbescheids oder einer behördlichen Anordnung? ...	230	54
9. Wie allgemein dürfen Verbote und Anordnungen formuliert sein? .....	231	55
10. Wie klar muss eine behördliche Anordnung zwischen erlaubten und unerlaubten Handlungen unterscheiden? .....	234	55
11. Was muss die Behörde beachten, wenn sie in einem Verbotsbescheid oder einer Anordnung Fristen setzt? .....	242	57
12. Kann die Behörde eine unbestimmte Anordnung oder ein unbestimmtes Verbot nachträglich konkretisieren und „heilen“? ....	244	58
13. Bedürfen Verbotsbescheide und Anordnungen einer Rechtsbehelfsbelehrung? .....	245	58
14. Kann die Behörde die sofortige Vollziehung von Verboten und Anordnungen anordnen? .....	247	58
15. Was muss die Aufsichtsbehörde beachten, wenn sie die sofortige Vollziehung anordnet? .....	248	59
16. Welche Anforderungen gelten für die Begründung des Vollziehungsinteresses? .....	250	59
17. Welche materiellen Anforderungen gelten für das Vollziehungsinteresse? .....	253	60
18. Welche Möglichkeiten hat die Behörde, wenn sich der Datenverarbeiter nicht an Verbote oder Anordnungen hält? .....	255	60
19. Bedarf es zur Durchsetzung behördlicher Verbote und Anordnungen einer Rechtsbehelfsbelehrung? .....	256	61
20. Wie werden behördliche Verbote und Anordnungen letztlich durchgesetzt? .....	258	61
21. Macht es einen Unterschied, ob ein Datenverarbeiter zu einer Handlung oder einer Unterlassung verpflichtet ist? .....	259	61
22. Wann kommt eine Ersatzvornahme in Betracht? .....	262	62
23. Wann kommt ein Zwangsgeld in Betracht? .....	266	62
24. Wie kann man sich gegen ein Zwangsgeld wehren? .....	270	63

	Rz.	Seite
25. Wann kommt unmittelbarer Zwang in Betracht? .....	272	64
26. Kann die Behörde neben einem Zwangsmittel auch Bußgelder verhängen, wenn Verbote und Anordnungen missachtet werden? .....	273	64
27. Kann ein Betroffener von der Behörde Verbote oder Anordnungen gegen einen Datenverarbeiter verlangen? .....	274	64
28. Ist die Beschwerde mehr als ein „Petitionsrecht“? .....	278	65
29. Muss die Behörde einen Ablehnungsbescheid erlassen, wenn sie einer Beschwerde nicht weiter nachgehen möchte? .....	282	66
<b>II. Zweiter Teil: Bußgelder</b> .....	284	67
1. Gibt es Fälle, in denen die Aufsichtsbehörde verpflichtet ist, ein Bußgeld zu verhängen? .....	285	67
2. Kann die Aufsichtsbehörde wegen jedes Datenschutzverstößes Bußgelder verhängen? .....	287	67
3. Handelt es sich bei Art. 83 Abs. 3 bis 6 DSGVO um Blankettgesetze? .....	288	67
4. Lässt sich gegen einen Bußgeldbescheid einwenden, dass der gesetzliche Tatbestand der Bußgeldnorm zu unbestimmt ist? .....	291	68
5. Gilt der verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgrundsatz auch für Normen des europäischen Rechts? .....	294	69
6. Genügt Art. 25 Abs. 1 DSGVO (Privacy by Design) den verfassungsrechtlichen Anforderungen? .....	295	69
7. Genügt Art. 5 Abs. 1 DSGVO den verfassungsrechtlichen Anforderungen? .....	298	70
8. Kommt es für die Bestimmtheit einzelner Bußgeldtatbestände auch auf die Rechtsprechung an? .....	301	70
9. Sind einzelne Bußgeldtatbestände eng auszulegen? .....	302	71
10. Kann ein Bußgeld verhängt werden, wenn ein Datenverarbeiter gegen eine behördliche Anordnung verstoßen hat? .....	305	72
11. Liegt in den Fällen des Art. 83 Abs. 6 DSGVO nicht zugleich ein Datenschutzverstoß vor, der nach Art. 83 Abs. 4 und 5 DSGVO mit einem Bußgeld geahndet werden kann? .....	307	72
12. Was haben die Aufsichtsbehörden im Hinblick auf das Bestimmtheitserfordernis zu beachten, wenn sie Bußgeldbescheide erlassen? .....	308	72
13. Was haben Datenverarbeiter im Hinblick auf das Bestimmtheitserfordernis zu beachten, wenn gegen sie ein Bußgeldbescheid erlassen wird? .....	311	73
14. Setzt ein Bußgeldbescheid stets Vorsatz oder Fahrlässigkeit einer konkreten Person voraus? .....	312	73

	Rz.	Seite
15. Gibt es auch nach europäischem Recht einen Schuldgrundsatz? .	315	74
16. Gilt das Schuldprinzip auch für juristische Personen? . . . . .	316	74
17. Welche Auswirkungen hat das Schuldprinzip auf Bußgelder gegen Unternehmen? . . . . .	317	74
18. Ist das OWiG auf Datenschutzverstöße anwendbar? . . . . .	319	75
19. Welche Anforderungen an ein Bußgeld ergeben sich aus § 30 OWiG? . . . . .	320	75
20. Welche Anforderungen an ein Bußgeld ergeben sich aus § 130 OWiG? . . . . .	323	76
21. Wie hoch sind die Hürden für DSGVO-Bußgelder, die sich aus § 30 und § 130 OWiG ergeben? . . . . .	325	76
22. Welche Anforderungen an Tatbestandsfeststellungen lassen sich aus der Rechtsprechung zu den §§ 30 und 130 OWiG ableiten? .	328	77
23. Was sagt das OLG Jena? . . . . .	329	77
24. Was sagt das OLG Celle? . . . . .	333	78
25. Was sagt das OLG Rostock? . . . . .	335	78
26. Was sagt das OLG Hamm? . . . . .	337	79
27. Was sagt das OLG Dresden? . . . . .	339	79
28. Was sagt das OLG Düsseldorf? . . . . .	341	79
29. Und was sagt der BGH? . . . . .	343	80
30. Sind § 30 und § 130 OWiG mit Art. 83 DSGVO vereinbar? . . .	345	80
31. Darf eine deutsche Aufsichtsbehörde die §§ 30 und 130 OWiG unbeachtet lassen, wenn sie der Auffassung ist, dass die Bestimmungen mit Art. 83 DSGVO unvereinbar sind? . . . . .	347	81
32. Was haben die Aufsichtsbehörden im Hinblick auf die §§ 30 und 130 OWiG zu beachten, wenn sie Bußgeldbescheide erlassen? . . . . .	350	82
33. Welche Auswirkungen könnte ein neues Verbandssanktionen-gesetz auf Bußgeldverfahren nach der DSGVO haben? . . . . .	352	82
34. Muss die Behörde den vollen Nachweis eines Bußgeldtatbestands führen oder gibt es Beweiserleichterungen? . . . . .	353	83
35. Kann die Rechenschaftspflicht den Nachweis eines Bußgeldtatbestands erleichtern? . . . . .	355	83
36. Was muss die Behörde einem Unternehmen nachweisen, wenn ein Bußgeldbescheid auf den Datenschutzverstoß eines Mitarbeiters gestützt werden soll? . . . . .	360	84
37. Welche Anforderungen gelten für eine Leitungsverantwortung nach § 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG? . . . . .	363	85

	Rz.	Seite
38. Welche Anforderungen gelten für eine Kontrollverantwortung nach § 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG? .....	364	86
39. Kann gegen Unternehmen ein Bußgeld verhängt werden, wenn der betriebliche Datenschutzbeauftragte einen Datenschutzverstoß begeht? .....	365	86
40. Welche Besonderheiten gibt es bei einzelkaufmännischen Unternehmen? .....	366	86
41. Darf die Aufsichtsbehörde in einem Bußgeldbescheid Erkenntnisse verwerten, die aus der pflichtgemäßen Meldung einer Datenpanne stammen? .....	370	87
42. Gilt das Verwendungsverbot des § 43 Abs. 4 BDSG auch für juristische Personen? .....	374	88
43. Kann ein Bußgeld gegen den Mitarbeiter eines Unternehmens verhängt werden, wenn der Mitarbeiter einen Datenschutzverstoß begangen hat? .....	378	89
44. Wie berechnet die Behörde die Höhe des Bußgelds? .....	381	90
45. Ist der Gewinn oder der Umsatz des Unternehmens, das den Datenschutzverstoß begangen hat, für die Bemessung des Bußgelds relevant? .....	384	91
46. Was ist von dem „Bußgeldkonzept“ der Datenschutzkonferenz (DSK) zu halten? .....	386	91
47. Bedarf der Bußgeldbescheid einer Rechtsbehelfsbelehrung? ....	389	93
48. Welche weiteren Bestandteile muss ein Bußgeldbescheid enthalten? .....	390	93
49. Welche Folgen haben schwerwiegende Mängel eines Bußgeldbescheids? .....	392	93
50. Wie genau muss die Tat in dem Bußgeldbescheid geschildert werden? .....	393	94
51. Was ist den Aufsichtsbehörden bei der Abfassung von Bußgeldbescheiden zu raten? .....	396	94
52. Welche Relevanz hat § 66 OWiG für den Adressaten eines Bußgeldbescheids? .....	398	95
<b>III. Dritter Teil: Öffentlichkeitsarbeit</b> .....	399	96
1. Welche Rechtsgrundlagen gibt es für die Öffentlichkeitsarbeit der Aufsichtsbehörden? .....	400	96
2. Darf eine Aufsichtsbehörde in ihren Tätigkeitsberichten über Einzelfälle berichten? .....	402	96
3. Welche Grenzen gelten für die behördliche Öffentlichkeitsarbeit? .....	403	96
4. Ist „Blaming“ und „Shaming“ erlaubt? .....	405	97

	Rz.	Seite
5. Darf sich eine Aufsichtsbehörde öffentlich zu Bußgeldverfahren und Abhilfemaßnahmen gegen einzelne Unternehmen – per Pressemitteilung oder auf andere Weise – äußern? .....	406	97
 <b>C.</b> <b>Dritter Akt: Gerichtliche Verfahren</b>		
<b>I. Erster Teil: Klagen wegen Untätigkeit</b> .....	409	99
1. Kann ein Beschwerdeführer eine Aufsichtsbehörde wegen Untätigkeit verklagen? .....	410	99
2. Wie geht der Beschwerdeführer vor, wenn die Aufsichtsbehörde ihm mitteilt, dass sie sich mit der Beschwerde nicht befasst? ....	413	100
3. Unterscheidet sich eine Untätigkeitsklage nach Art. 78 Abs. 2, 2. Fall DSGVO von einer Untätigkeitsklage nach § 75 VwGO? ..	419	101
4. Welche Entscheidungsmöglichkeiten hat das Gericht bei allgemeinen Leistungsklagen nach Art. 78 Abs. 2, 2. Fall DSGVO? .....	423	102
5. Hat ein Beschwerdeführer Anspruch auf konkrete Maßnahmen der Behörde? .....	426	102
6. Kann ein Unternehmen von der Behörde eine Entscheidung verlangen? .....	428	103
7. Kann ein Unternehmen gerichtlich die Feststellung verlangen, datenschutzkonform zu handeln? .....	431	103
8. Was sagt das Bundesverfassungsgericht? .....	434	104
9. Was sagt das Bundesverwaltungsgericht? .....	437	105
10. Kann die parallele Erhebung einer Feststellungsklage in einem Bußgeldverfahren nützlich sein? .....	440	106
11. Lässt sich mit einer Feststellungsklage ein Bußgeldverfahren verhindern? .....	442	106
<b>II. Zweiter Teil: Klagen gegen Verwaltungsakte</b> .....	443	108
1. Gibt es ein datenschutzrechtliches Vorverfahren? .....	444	108
2. Welches Gericht ist zuständig? .....	446	108
3. Wer ist Beklagter? .....	448	108
4. Wann ist eine Anfechtungsklage die richtige Klageart? .....	449	108
5. Wie verfährt ein Kläger, wenn er sich nicht sicher ist, ob ein behördliches Schreiben ein Verwaltungsakt ist? .....	453	109
6. Welche Frist gilt für die Anfechtungsklage? .....	455	109
7. Wann beginnt die Klagefrist genau? .....	456	110
8. Besteht Anwaltszwang? .....	458	110

	Rz.	Seite
9. Wer ist vor dem Verwaltungsgericht vertretungsbefugt? . . . . .	459	110
10. Sind externe Datenschutzbeauftragte vor dem Verwaltungsgericht vertretungsbefugt? . . . . .	463	111
11. Muss die Klage begründet werden? . . . . .	464	111
12. Muss in der Klage ein Antrag formuliert werden? . . . . .	465	111
13. Welche Angaben sind für eine Klage erforderlich? . . . . .	466	111
14. Wie bestimmt sich der Streitwert einer verwaltungsrechtlichen Klage? . . . . .	468	111
15. Kann das Gericht den Kläger unter Fristsetzung zur Begründung der Klage auffordern? . . . . .	470	112
16. Welche Folgen hat es, wenn eine Frist zur Begründung der Klage versäumt wird? . . . . .	471	112
17. Kann das Gericht verspätete Erklärungen und Beweismittel zurückweisen? . . . . .	472	112
18. Warum ist es dennoch sinnvoll, die Klage ausführlich zu begründen? . . . . .	477	113
19. Hat die Klage aufschiebende Wirkung? . . . . .	481	113
20. Welche Folgen hat die aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage? . . . . .	482	114
21. Kann die Aufsichtsbehörde parallel zu einem Verwaltungsprozess einen Bußgeldbescheid erlassen? . . . . .	483	114
22. Wann kommt einstweiliger Rechtsschutz in Betracht? . . . . .	485	114
23. Nach welchen Maßstäben entscheidet das Gericht über einen Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO? . . . . .	486	115
24. Wie begründet man einen Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO am besten? . . . . .	487	115
25. Welche Regeln gelten für ein Verfahren nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO? . . . . .	489	115
26. Kann das Verwaltungsgericht im Verfahren nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen? . . . . .	490	116
27. Muss die Aufsichtsbehörde im Verwaltungsprozess Akten vorlegen? . . . . .	491	116
28. Welche Bedeutung haben die Verwaltungsvorgänge für den Kläger? . . . . .	493	116
29. Hat der Kläger ein Recht auf Einsicht in die Verwaltungsvorgänge? . . . . .	495	116
30. Welche Regeln gelten für Beweismittel? . . . . .	497	117
31. Welche Rolle spielen Beweisanträge der Parteien? . . . . .	499	117

	Rz.	Seite
32. Gibt es Besonderheiten bei der Beweislast, wenn es um Datenschutz geht? .....	501	117
33. Welche Regeln gelten für die Prozesskosten? .....	504	118
34. Können auch Anwaltsgebühren erstattet werden, die im Verwaltungsverfahren angefallen sind? .....	506	118
35. Welche Rechtsmittel gibt es im Verwaltungsprozess? .....	507	118
36. Wie können die Parteien eine Zulassung der Berufung durch das Verwaltungsgericht beeinflussen? .....	512	119
37. Wie kommt ein Fall zum Europäischen Gerichtshof? .....	515	120
38. Wie kommt ein Fall zum Bundesverfassungsgericht? .....	517	120
<b>III. Dritter Teil: Einspruch gegen Bußgeldbescheide</b> .....	518	121
1. Welche Frist gilt für den Einspruch und an wen ist der Einspruch zu richten? .....	519	121
2. Welches Strafgericht ist zuständig? .....	521	121
3. Hat der Einspruch aufschiebende Wirkung? .....	523	121
4. Besteht Anwaltszwang? .....	524	121
5. Wer kann den Betroffenen im Einspruchsverfahren vertreten? ..	525	122
6. Welche Bedeutung hat das Verbot der Mehrfachverteidigung? ..	527	122
7. Muss der Einspruch begründet werden? .....	528	122
8. Welche Verpflichtungen hat die Aufsichtsbehörde nach Eingang des Einspruchs? .....	529	122
9. Welche Regeln gelten eigentlich für die Verjährung? .....	533	123
10. Wie verfahren die Staatsanwaltschaft und das Gericht im Zwischenverfahren? .....	536	123
11. Welche Möglichkeiten bietet das Zwischenverfahren für die Verteidigung? .....	537	124
12. Welche Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung gibt es? .....	538	124
13. Kann eine Verfahrenseinstellung von der Zahlung eines Geldbetrages an eine gemeinnützige Organisation abhängig gemacht werden? .....	540	124
14. Welche Regeln gelten für die Verfahrenskosten? .....	541	124
15. Gibt es im Bußgeldprozess Besonderheiten bei der Beweislast, wenn es um Datenschutz geht? .....	545	125
16. Welche Rechtsmittel gibt es im Bußgeldprozess? .....	547	125
17. Wie kommt ein Fall zum Europäischen Gerichtshof oder zum Bundesverfassungsgericht? .....	549	126
18. Wie wird ein Bußgeld beigetrieben? .....	551	126

	Rz.	Seite
<b>IV. Vierter Teil: Klagen gegen öffentliche Äußerungen</b> .....	552	127
1. Welches Gericht ist zuständig? .....	553	127
2. Wie können die Klageanträge lauten? .....	554	127
3. Gibt es Besonderheiten, wenn es um Äußerungen in einem Tätigkeitsbericht der Behörde geht? .....	555	127
4. Wann kommt einstweiliger Rechtsschutz in Betracht? .....	556	127
Stichwortverzeichnis .....		129